

Bilanz nach 6 Jahren Rot-Grün:



Deutschland kann mehr.



„Rot-Grün gehört vom Platz gestellt!“

Ein vernichtendes Zwischenzeugnis hat CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer der Bundesregierung zur Halbzeit der Legislaturperiode ausgestellt.

„Jeden Tag gehen über 1000 Arbeitsplätze verloren.

Unter dem Strich gibt es derzeit 1,4 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte weniger als 2002. Mehr noch: Pro Jahr verabschiedeten sich 40.000 Unternehmen in die Insolvenz – ein Drittel mehr als 1998.“ ▶

INHALT

Dokumentation:

„Projekt Wachstum:
Mehr Wachstum
durch moderne
Infrastrukturen“

Innenteil

HEUTE AKTUELL

■ Bundestagsfraktion: Vorstand verabschiedet Reformkonzepte (Seite 4) ■ Haushalt 2005 – Inbegriff des Scheiterns von Rot-Grün (Seite 5–7) ■ Argumentation: Zehn gut Gründe gegen die Bürgerversicherung (Seite 7–9) ■ „Klarer Kurs für Sachsen“ (Seite 10) ■ Ein Mann, ein Wort – Schönbohm! (Seite 11) ■ Hamburg: Politik attraktiv gemacht (Seite 11) ■ Niedersachsen: Wulff als Landesvorsitzender bestätigt (Seite 12–13) ■ Bremen: Gloystein nominiert (Seite 13) ■ Karl-Josef Laumann: Ausbildungskrise spitzt sich zu (Seite 14) ■ Katherina Reiche: Votum des Hochschulverbandes für Studienbeiträge hilfreich (Seite 15) ■ Dirk Fischer: Mautverzug geht zu Lasten der Verkehrsinfrastruktur (Seite 15–17)

► Diese vernichtende Bilanz zog Laurenz Meyer anlässlich der „Bilanzpressekonferenz“. Als Grund für die Misere nannte der Generalsekretär die „ideenlose und kontraproduktive Wirtschaftspolitik“, die die Menschen immer weiter verunsichere. Anstatt zu investieren und zu konsumieren, hielten Unternehmen wie Bürger lieber ihr Geld zusammen und warteten auf bessere Zeiten. Angesichts dieser „schlimmsten Wirtschaftskrise seit 1945“ unternehme Rot-Grün nichts, um Deutschland aus dieser Situation herauszuführen. Die öffentlichen Investitionen würden weiter sinken, insbesondere die „Ausgaben für Bildung und Forschung liegen heute um ein Fünftel unter denen von 1998“. Die Verschuldung auf Rekordniveau trage ein Übriges dazu bei, dass die Chancen unserer Kinder und Enkel immer weiter eingeschränkt würden. In diesem Zusammenhang forderte der Generalsekretär den Kanzler auf, klar zu sagen, was die Bundesregierung in den kommenden Monaten zur Besse-



Generalsekretär Laurenz Meyer zieht Bilanz

rung der miserablen Ausgangssituation in Deutschland unternehmen wolle. „Deutschland und die Menschen in diesem Land haben etwas Besseres verdient als eine Neuauflage der Politik der ruhigen Hand“, bekräftigte Meyer.

Als aktuelle Beispiele für das Regierungschaos nannte der Generalsekretär die Hartz-IV-Reform und die Bürgerversicherung. Zwar trage die Union die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe mit, aber für die „dilettantische Umsetzung“ durch die Bundesregierung“ lasse sie sich nicht in Haftung nehmen. Während der Kanzler den Aufbau Ost einst zur Chefsache erklärt

IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333. Vertrieb: Telefon 02226-802-213, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

habe, Sorge das Unvermögen seiner Regierung jetzt dafür, dass „Rattenfänger von rechts und links“ die Entfremdung zwischen Ost und West weiter vorantreiben könnten.

Auch die von der SPD favorisierte Bürgerversicherung sei ein Zeichen für das handwerkliche Unvermögen der Bundesregierung. Der „wohlklingende Begriff“ eigene sich hervorragend, um die SPD-Linke zu beruhigen, erklärte Meyer. Je mehr die Katze jedoch aus dem Sack komme, desto sichtbarer werde ein „räudiger Kater“. Alle Fachleute, selbst der Sachverständigenrat der Bundesregierung, rieten von der

Einführung des SPD-Modells ab, da es eine Million Arbeitsplätze kosten werde. Aus ideologischen Gründen werde das Projekt jedoch am Leben erhalten, betonte Meyer. In Wahrheit handele es sich bei der Bürgerversicherung um eine „Sondersteuer für kleine und mittlere Einkommen“.

Laurenz Meyer verwies darauf, dass es den Menschen überall da, wo die Union regiere, besser gehe. Hierzu stellte er einen Ländervergleich mit den entsprechenden Zahlen und Fakten vor. So zeige die PISA-Studie, dass von den sechs besten Bundesländern fünf eine Unionsregierung hätten. Außerdem

liege die Arbeitslosenquote der SPD-regierten Länder im Durchschnitt des vergangenen Jahres um mehr als zwei Prozentpunkte über der der CDU-regierten Länder. Allein diese Bilanz zeige: „Rot-Grün gehört vom Platz gestellt“. Jeder weitere Tag mit dieser Bundesregierung sei ein verlorener Tag für Deutschland.

Laurenz Meyer kündigte an, dass die CDU die erschreckende Bilanz von Rot-Grün und die Notwendigkeit für eine andere Politik ganz in den Mittelpunkt der Parteiaktivitäten des Monats September stellen werde. Für diese Aktion hat die CDU eigens Kampagnenmaterialien erstellt.

MATERIALIEN

Es waren erneut verlorene Jahre für Deutschland. Eine Gelegenheit, dies in Form einer Kampagne darzustellen, ist die Halbzeit dieser Wahlperiode im Herbst. Für Aktionen vor Ort stellt die Bundesgeschäftsstelle ab sofort eine Reihe von Werbemitteln zur Verfügung. Dazu gehören Flyer, Internet-Angebote, eine Wandzeitung, interne Kommunikations- und Argumentationshilfen, die bewährte „Aktionszeitung“ sowie eine noch ganz druckfrische „Konzeptbro-

schüre.“ Beim Lesen dieser Broschüre wird schnell deutlich: Die Union verfügt über die besseren Konzepte. Lassen Sie sich überzeugen. Über Einzelheiten unserer Angebote im Rahmen der Halbzeitaktion werden wir Sie regelmäßig im CDU-Mitgliedernetz unter www.cdu-net.de informieren. Rot-Grün braucht Druck, sonst wird sich am politischen Chaos in der Bundesregierung nichts ändern. Machen Sie mit bei unserer Halbzeitkampagne im September.

Nähere Informationen zu den einzelnen Materialien, Bestellnummern, Preise etc., finden Sie auf den letzten Seiten dieser UiD-Ausgabe.



Fraktionsvorstand verabschiedet Reformkonzepte

Ganz oben auf der Agenda einer zweitägigen Klausur des Vorstandes der CDU/CSU-Bundestagsfraktion standen die aktuelle Situation beim Arbeitsmarkt/Hartz IV, den sozialen Sicherungssystemen sowie die Lage der öffentlichen Haushalte.

Angesichts der deprimierenden Nachrichten vom Arbeitsmarkt – über 4,4 Millionen Menschen sind ohne Arbeit – betonte Angela Merkel, dass die eingeleiteten Reformen nur dann Wirkung zeigen könnten, wenn der Aspekt des Förderns stärker betont werde. Es sei allerdings bei der Bundesregierung der Reformeifer erlahmt, für mehr Wachstum und Beschäftigung zu sorgen. „Der falsche Weg“ konstatierte Merkel und warb erneut für mehr strukturelle Reformen.

Die Akzeptanz der beschlossenen Reformen sei nur zu erhöhen, wenn man den Menschen die Maßnahmen erläutere. Merkel brachte erneut Lohnkostenzuschüsse in die Diskussion, um auf dem 1. Arbeitsmarkt für mehr Beschäftigung zu sorgen. Die Vorsitzende der Bundestagsfraktion und der

CDU Deutschlands zeigte sich zufrieden, dass das von der Union durchgesetzte Optionsmodell in hohem Maße von den Kommunen nachgefragt werde.

Die Union wolle mittelfristig Beitragssenkungen bei der Arbeitslosenversicherung. Zum einen will die Union damit der Tatsache Rechnung tragen, dass die Versicherungsleistungen reduziert worden seien. Zum anderen soll die Arbeitslosenversicherung nur für die Leistungen eingesetzt werden, „mit denen die Versicherung auch zu tun“ habe, so Merkel.

Zur Zukunft der Pflegeversicherung meinte die Fraktions- und Parteivorsitzende, dass die Union nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes Familien mit Kindern entlasten wolle. Eine einseitige Belastung von Kinderlosen lehnte sie ab. In dem vom Vorstand verabschiedeten Papier heißt es: „Wir wollen Versicherte, die Kinder unter 18 Jahren ziehen, durch einen Bei-



tragsbonus von 5 Euro pro Kind und Monat entlasten. Dafür wird für alle Mitglieder der Beitragsatz um 0,1 Prozent des beitragspflichtigen Einkommens bis zur Beitragsbemessungsgrenze ohne Beteiligung des Arbeitgebers angehoben.“

Zum Gesundheitswesen meinte die Vorsitzende, dass die Probleme nicht im besten System lösbar seien und warb daher erneut für einen Umstieg auf ein Prämienmodell. Im Zusammenhang mit dem weiteren Verfahren bei der bereits beschlossenen Zahnersatz-Regelung warf Merkel der Gesundheitsministerin vor, dass sie nicht in der Lage gewesen sei, die Beschlüsse umzusetzen. Nunmehr warte die Unionsfraktion einen Regierungsentwurf ab und werde diesen prüfen.

Haushalt 2005 – Inbegriff des Scheiterns von Rot-Grün

Anlässlich der Klausurtagung der Arbeitsgruppe Haushalt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Haushaltsentwurf 2005 erklärten der haushaltspolitische Sprecher, Dietrich Austermann, der Vorsitzende des finanz- und haushaltspolitischen Arbeitskreises der CSU-Landesgruppe, Bartholomäus Kalb, und der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuss, Steffen Kampeter:

Die Haushalts- und Finanzpolitik von Schröder und Eichel ist gescheitert. Der Haushaltsentwurf für das Jahr 2005 ist der Inbegriff dieses Scheiterns. Der Entwurf ist

- offenkundig verfassungswidrig und hat einen Verstoß gegen die Maastricht-Kriterien zur Folge,

- finanzpolitisch unsolide, weil erhebliche Risiken unberücksichtigt bleiben und von falschen, zu optimistischen Grundannahmen ausgegangen wird,

- ohne Perspektive, da er keine nachhaltige Konsolidierungsstrategie erkennen lässt,



Von links: Steffen Kampeter, Dietrich Austermann, Bartholomäus Kalb

- eine Überforderung zukünftiger Generationen durch die wachsende Schuldenlast,

- wirtschaftspolitisch kontraproduktiv aufgrund weiter sinkender Investitionen.

Diese Fehlentwicklung ist das Ergebnis einer falschen Politik von Rot-Grün seit dem Regierungswechsel 1998. Reformvorhaben wurden entweder gar nicht oder nur halbherzig angegangen, die Konsolidierung völlig unzureichend betrieben. Sinkende Investitionen bei gleichzeitig steigenden konsumtiven Ausgaben sind Ausdruck eines fehlenden Wachstumskonzeptes von Rot-Grün.

Mit Hilfe von 15 Mrd. Euro Privatisierungseinnahmen versucht der Bundesfinanzminister zu verschlei-

ern, dass 6 Jahre rot-grüne Politik zu einem strukturellen Defizit im Bundeshaushalt von 40 Mrd. Euro geführt haben. Aufgrund der hohen Privatisierungserlöse – hier sind vor allem die Platzhaltergeschäfte bei der KfW, das Verschern von Auslandsschulden oder die teilweise Verwendung des ERP-Vermögens zur allgemeinen Haushaltsfinanzierung zu nennen – ist der Haushaltsentwurf nur auf dem Papier verfassungsgemäß. Die formale Verfassungskonformität ist künstlich erzeugt. Schon heute ist absehbar, dass angesichts der tatsächlichen Lücke im Bundeshaushalt von 37 Mrd. Euro (22 Mrd. Euro NKA und 15 Mrd. Euro Privatisierungseinnahmen) Deutschland im kommenden Jahr

zum vierten Mal in Folge das 3%-Defizitkriterium des Maastricht-Vertrages nicht erfüllen wird. Erneut wird der Bund Hauptverursacher des Verstoßes gegen den Maastricht-Vertrag sein.

Risiken

Neben den Privatisierungseinnahmen enthält der Haushalt weitere milliarden-schwere Risiken. Allein im Bereich Arbeitsmarkt liegen diese bei über 10 Mrd. Euro (5 Mrd. wegen Nachbesserungen bei Hartz IV und der steigenden Langzeitarbeitslosigkeit, 6,7 Mrd. Euro aufgrund des „Aussteuerungsbetrags“). Ob Eichel im kommenden Jahr die erhofften und gegenüber 2004 erhöhten 3 Mrd. Euro Mauteinnahmen realisieren kann, ist ebenfalls nach dem Debakel vom vergangenen Jahr höchst unsicher. Fragwürdig ist auch, ob der eingestellte Bundesbankgewinn von 3,5 Mrd. Euro in dieser Höhe anfallen wird.

„Hoffnungswert“ Steuereinnahmen

Ein erhebliches Risiko stellen erneut die Steuereinnahmen dar. Sie sollen 2005 um 5

Mrd. Euro über dem in der (diesjährigen) Mai-Steuerschätzung für das Jahr 2004 prognostizierten Niveau liegen. Dies ist ein ausgesprochener Hoffnungswert. Die Erfahrung in diesem Jahr zeigt, dass trotz eines spürbaren Wachstums von mindestens 1,5% die Steuereinnahmen voraussichtlich auf dem Niveau des Jahres 2003 stagnieren oder schlimmstenfalls sogar noch deutlich darunter liegen werden. D.h. trotz wirtschaftlichen Wachstums sinken die Einnahmen des Bundes.

Investitionsausgaben

Die geplanten Ausgaben für Investitionen sinken 2005 weiter um knapp 2 Mrd. Euro auf einen historischen Tiefstand (Investitionsquote von 8,8%!). Besonders betroffen sind die Verkehrsinvestitionen (542 Mio. Euro weniger gegenüber Soll 2004) und die Wirtschaftsförderung (-200 Mio. Euro). Der Forschungsetat wird auf dem niedrigen Stand von 2003 eingefroren. Die Aufstockung bei den Bildungsausgaben von 200 Mio. Euro ist gekoppelt an die Abschaffung der Eigenheimzulage.

Der Trend der sinkenden Investitionsausgaben setzt

sich fort, während die konsumtiven Ausgaben ausgeweitet werden. Angesichts der enormen Zunahme der Neuverschuldung (allein über 40 Mrd. Euro in diesem Jahr) mit Folgen für die Zinshöhe und die Verschärfung des Zinsrisikos erschließt sich die gesamte Dramatik rot-grüner Haushalts- und Finanzpolitik, letztlich auch der rot-grünen Wirtschaftspolitik: In rasantem Tempo wird die Substanz unserer Volkswirtschaft aufgezehrt, gleichzeitig werden mit zunehmender Geschwindigkeit die Schulden in die Höhe getrieben. Bis Ende 2005 wird die Verschuldung des Bundes unter Rot-Grün um 150 Mrd. Euro auf rd. 890 Mrd. Euro angestiegen sein. Gleichzeitig wurden rd. 100 Mrd. Euro Bundesvermögen (incl. UMTS) verschербelt. Damit wird Rot-Grün innerhalb von 7 Jahren um rd. 250 Mrd. Euro die Verschuldung erhöht respektive Bundesvermögen reduziert haben. Rot-Grün verfolgt mit dem Haushaltsentwurf eine Politik der verbrannten Erde. Mit Nachhaltigkeit hat das nichts zu tun. Dieser Haushaltsentwurf muss vom Parlament bereits in der 1. Lesung verworfen werden. Auf ihm lassen sich sinnvolle Anträge nicht aufbauen.

Neuer Haushaltsentwurf gefordert

Die Union fordert die Bundesregierung auf, einen ehrlichen und belastbaren Haushaltsentwurf als Grundlage von seriösen Haushaltsberatungen vorzulegen. Für 2004 muss umgehend ein Nachtragshaushalt mit einer der tatsächlichen Entwicklung angepassten NKA vorgelegt werden. Es muss endlich umgesteuert und wirklich gespart

werden. Die Union wird Vorschläge in der von der Bundesbank bezifferten – zur Erreichung des Defizitkriteriums erforderlichen – Größenordnung von etwa 3% des Haushaltsvolumens unterbreiten. Gleichzeitig muss zugunsten der Investitionen in Infrastruktur und Köpfe umgeschichtet werden. Bleibt die rot-grüne Koalition bei diesem Entwurf, werden wir Anträge zu politischen Schwerpunkten stellen (Infrastruktur in Forschung und Verkehr) und

diese durch Kürzungsanträge gegenfinanzieren.

Parallel müssen die Strukturereformen auf dem Arbeitsmarkt, in der Steuerpolitik und den sozialen Sicherungssystemen vehement vorangetrieben werden. Die Union hat hierzu bereits eine Reihe von konkreten Vorschlägen vorgelegt (Arbeitsrecht, Steuerreform). Ohne eine wachstumsorientierte Wirtschafts- und Sozialpolitik ist die Konsolidierung des Bundeshaushalts nicht zu erreichen.

Argumentation

Zehn gute Gründe gegen die Bürgerversicherung

1. Die Idee der Bürgerversicherung ist gescheitert

Die Eckpunkte der SPD-Arbeitsgruppe zur Bürgerversicherung belegen: Mit der Bürgerversicherung kommt es weder zu einer spürbaren Entlastung bei den Beiträgen noch zu einer Abkoppelung von den Lohnkosten. Die dringend benötigten Effekte für mehr Wachstum und Beschäftigung bleiben daher aus. Es wird überdeutlich, dass die Möglichkeiten, im bisherigen einkommensbezogenen Beitragssystem

weitere Einnahmequellen zu erschließen, ausgeschöpft sind. Deshalb werden mit der Bürgerversicherung vor allem mittlere Einkommen zusätzlich belastet, eine gerechtere Finanzierung wird verfehlt. Die Einführung einer zusätzlichen zweckgebundenen Steuer auf Kapitalerträge zur Finanzierung der Krankenkassen ist abgabenrechtlich fragwürdig und volkswirtschaftlich kontraproduktiv. Damit ist die Bürgerversicherung in allen ihren Zielen gescheitert.

2. Die Bürgerversicherung geht an den eigentlichen Problemen in unserem Land vorbei

Auch mit der Bürgerversicherung bleibt es dabei, dass die Gesundheitskosten weit überwiegend aus Löhnen und Gehältern finanziert werden. Diese enge Anbindung an die Lohnkosten vernichtet Arbeitsplätze, weil jede Kostensteigerung im Gesundheitswesen die Arbeitskosten weiter in die Höhe treibt. Auch die Schere zwischen Brutto und Netto wird durch die Bür-

gerversicherung nicht geringer: an jeder Lohn- und Rentenerhöhung verdienen die Krankenkassen weiter mit. Eine Entkoppelung der Krankenkassen-Beiträge von den Arbeitskosten findet nicht statt. Damit leistet die Bürgerversicherung keinen Beitrag zur Senkung der Lohnnebenkosten und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

3. Die Bürgerversicherung senkt die Beiträge nicht.

Berechnungen der Gewerkschaften zeigen, dass die Beiträge zur Bürgerversicherung in den ersten 10 Jahren nahezu gar nicht sinken werden. Die versprochene Entlastung um 1,8 Prozentpunkte wird – wenn überhaupt – erst im Jahr 2050 anfallen. Damit bleibt die Bürgerversicherung weit hinter den Entlastungswirkungen der aktuellen Gesundheitsreform zurück. Sie führt sogar zu steigenden Beiträgen, wenn ältere und kranke Privatversicherte von ihrem Recht zur Rückkehr in die gesetzlichen Kassen Gebrauch machen.

4. Die Bürgerversicherung erzeugt neue Ungerechtigkeiten

Entgegen allen Versprechungen findet in der Bürgerversicherung keine Gleichbehandlung der verschiedenen Einkommensarten statt. Mie-

ten und Pachten bleiben beitragsfrei, für Zinsen gilt ein Freibetrag. Die Einnahmen von Selbständigen werden um bestimmte Ausgaben verringert, während Arbeitnehmer weder Werbungskosten noch andere Belastungen abziehen können. Völlig unklar bleibt beispielsweise, wie private Lebensversicherungen und Riester-Renten behandelt werden. Vollständig erfasst und mit Beiträgen belegt werden in der Bürgerversicherung also auch weiterhin nur Löhne, Gehälter und Renten.

Weder senkt die Bürgerversicherung die Beiträge für Arbeitnehmer und Rentner, noch werden Beiträge auf sehr hohe Einkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze erhoben. Belastet werden vor allem die Bezieher mittlerer Einkommen, z.B. Facharbeiter mit einem bescheidenen Vermögen, die für ihre Zinseinkünfte zur Kasse gebeten werden.

5. Die Bürgerversicherung erzeugt einen gigantischen Verwaltungs- und Kontrollaufwand

Millionen Versicherte müssen in der Bürgerversicherung Beiträge auf Zinsen und andere Kapitaleinkünfte zahlen. Um diese Einkünfte lückenlos zu erfassen, ist ein gigantischer Verwaltungs-

und Kontrollaufwand nötig. Es wird neue gigantische Datenströme und große Probleme mit dem Datenschutz geben, weil die Krankenkassen die erforderlichen Daten für jeden einzelnen Versicherten bei den Finanzämtern anfordern müssen. Deshalb werden die Beiträge aus Zinsen und Kapitalanlagen kaum ausreichen, um die Bürokratie zu finanzieren, die zur Erhebung dieser Beiträge benötigt wird. Dies gilt sowohl für eine Erhöhung der Kapitalsteuern zur Finanzierung der Bürgerversicherung als auch für die Erhebung eigener Beiträge auf Kapitaleinkommen durch die Krankenkassen.

6. Die Bürgerversicherung führt zur Kapitalflucht

Bereits heute verlagern viele Anleger ihr Kapital ins Ausland, um dem Zugriff des Finanzamts zu entgehen. Mit einer befristeten Steueramnestie versucht die Bundesregierung derzeit, dieses Kapital zurück nach Deutschland zu holen. Diese Bemühungen werden scheitern, wenn auf Kapitaleinkommen neben Steuern auch noch Beiträge fällig werden. Die Bürgerversicherung macht alle Bemühungen, die Kapitalflucht aus Deutschland zu stoppen, mit einem Schlag zunichte. Die Folge ist noch mehr Bürokratie.

tie, um das Geld der Anleger und Sparer im Land zu halten.

7. Die Bürgerversicherung führt zu jahrzehntelangen Übergangsproblemen

Das Versprechen, alle Bürger in Deutschland in die gesetzliche Krankenversicherung einzubeziehen, kann die Bürgerversicherung nicht halten. Denn dazu wären massive Eingriffe in bestehende private Versicherungsverhältnisse und in die Tätigkeit der privaten Krankenversicherer nötig. Beides lässt unser Grundgesetz nicht zu. Deshalb wird es auch in der Bürgerversicherung noch für viele Jahrzehnte das Nebeneinander von gesetzlichen und privaten Kassen geben.

Damit sind zugleich enorme Übergangsprobleme verbunden. So müssen die öffentlichen Haushalte – und damit der Steuerzahler – für einige Jahrzehnte deutliche Mehrkosten tragen, wenn für junge Beamte Beiträge in die Bürgerversicherung eingezahlt werden, aber die Beihilfekosten für ältere Beamte außerhalb der Bürgerversicherung weiterhin bestehen.

8. Die Bürgerversicherung zerschlägt eine bestehende Versicherungs-

form, ohne damit ein einziges Problem zu lösen

Die Bürgerversicherung verspricht den Menschen die volle Wahlfreiheit zwischen gesetzlicher und privater Versicherung – allerdings nur zu den Bedingungen der gesetzlichen Krankenkassen. Wo PKV draufsteht, ist also GKV drin. Mit Wahlfreiheit und Wettbewerb hat das nichts zu tun. Auch ist völlig ungeklärt, was z.B. mit den Rückstellungen geschieht, die aus den Beiträgen der Privatversicherten angesammelt worden sind. Einziger Effekt der Bürgerversicherung ist die Zerschlagung der privaten Krankenversicherung in ihrer heutigen Form. Einen Vorteil haben die gesetzlich Versicherten davon nicht.

9. Die Bürgerversicherung bietet keine Antwort auf die demographische Entwicklung

Die Deutschen bekommen immer weniger Kinder, und sie werden zugleich immer älter. Für unser Gesundheitswesen heißt das, dass mehr Leistungen von weniger Beitragszahlern finanziert werden müssen. Daran ändert auch die Bürgerversicherung nichts. Sie sieht keinerlei Vorsorge gegen künftige Ausgabensteigerungen vor – im Gegenteil: die private Krankenversiche-

rung, die mit Alterungsrückstellungen auf steigende Beiträge im Alter vorbereitet ist, wird zerschlagen, die gesetzlichen Kassen leben hingegen weiterhin von der Hand in den Mund.

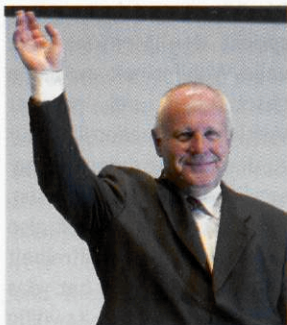
10. Die Bürgerversicherung führt zur totalen Verunsicherung der Bürger

Bis heute ist nicht klar, wer ab wann auf welche Einkünfte welchen Beitrag in die Bürgerversicherung einzahlen soll und welche Leistungen er dafür bekommt. SPD und Grüne belassen es bei allgemeinen Eckpunkten, um den Menschen nicht die Wahrheit sagen zu müssen: Die Bürgerversicherung belastet mittlere Einkommen, erzeugt neue Ungerechtigkeiten und eine gigantische Bürokratie, beseitigt Wahlfreiheit und Wettbewerb und ist bei alledem nicht in der Lage, die Beiträge zu senken. Aus Angst vor dem Wähler will die SPD vor der Bundestagswahl keinen konkreten Gesetzentwurf einbringen, sondern mit nichts sagenden Schlagworten ein Trugbild aufrechterhalten. Näheres soll der Wähler erst erfahren, wenn die Wahlen gelaufen sind. Damit ist klar: Von der Bürgerversicherung bleibt nur Verunsicherung übrig.

„Klarer Kurs für Sachsen“

Unter diesem Motto läutete die sächsische CDU auf einem Landesparteitag den Chemnitzer Messehallen den Endspurt zur Landtagswahl ein.

„Sächsischer Wein ist auch ohne FDP Weinbauminister hervorragend“ und der „Lachs auch ohne die Grünen wieder in die Elbe gekommen“ gab sich der Spitzenkandidat für die Landtagswahlen am 19. September, der sächsische Ministerpräsident Georg Milbradt, zuversichtlich und erteilte eventuellen Koalitionen eine Absage. Milbradt brachte es in seiner Rede vor über 900 Delegierten auf den Punkt. Überall dort, wo die Union alleine ohne rot-rot-grünen Einfluß regieren könne, gehe es den Menschen besser. „Wo es gut läuft, regiert die CDU, wo es schlecht läuft, die SPD, und wo es ganz schlecht läuft, ist die PDS mit dabei. Dies würden Ländervergleiche in den Bereichen Wirtschaft, Innere Sicherheit und Bildung belegen, sagte Milbradt, der erst vor kurzem von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft zum „Ministerpräsidenten des Jahres“ gewählt wurde. Um die absolute Mehrheit, mit der die CDU in Sachsen seit 1990 regiert, zu verteidigen, setzen



die Sachsen insbesondere auf die Themen Wirtschaft, Arbeit und innere Sicherheit. „Politik für Ostdeutschland, Politik für Sachsen, braucht zunächst einmal eine ordentliche Wirtschaftspolitik aus Berlin“, rief der Spitzenkandidat die rot-grüne Bundesregierung zu Kurskorrekturen auf. „Arbeit, Arbeit, Arbeit“, sei das Hauptanliegen in der Förderung. Der „Bedarf an schönen Marktplätzen“ sei gedeckt. „Arbeitsmarktreformen sollen Menschen in Arbeit bringen und nicht in erster Linie Einsparungen für den Bundeshaushalt“, betonte der CDU – Landesvorsitzende. Milbradt forderte die Freigabe der Mittel für die Wirtschaftsförderung aus dem Bundeshaushalt freizugeben, denn wer „A sagt, muss auch B sagen“ und „wer Arbeitsmarktreformen sagt, der muss auch Wirtschaftsförderung sagen“. Dazu

gehöre angesichts der EU-Osterweiterung insbesondere die Verkehrsinfrastruktur. Milbradt hob hervor, dass sich „die Kriminalität an den Grenzen halbiert hat“ und „sich heute 9 von 10 Sachsen sicher fühlen“. Dieser Erfolg wäre mit den anderen Parteien nicht möglich gewesen, denn „Rot, Gelb, Grün, bei der inneren Sicherheit werden Ampelmännchen zu Hampelmännchen“.

Als Gastredner begrüßten die Sachsen Helmut Kohl. Der Altbundeskanzler wies auf die Aufbauleistung der CDU-Regierung in dem Freistaat hin und zollte der Leistung Milbradts Respekt.

Nach dem Vorbild der Parteitage der Bundespartei hatte der Parteitag der sächsischen Union erstmalig auch „Messecharakter“. Ziel der Veranstalter war es, den Slogan „Klarer Kurs für Sachsen“ nicht nur auf die politischen Entscheidungen, sondern auch auf alle wirtschaftlichen Bereiche des Freistaates auszudehnen. Innovation und Fortschritt sollten erlebbar gemacht werden. Deshalb wurde auf dem 17. Landesparteitag bedeuten den Unternehmen in und aus Sachsen die Möglichkeit geboten, mit einem Präsentationsstand vertreten zu sein.

Ein Mann, ein Wort – Schönbohm!

Unter diesem Motto startete die CDU Brandenburg in Cottbus in die heiße Wahlkampfphase zur Landtagswahl am 19. September.

In den vergangenen fünf Jahren regierte die CDU in einer großen Koalition mit der SPD. Jörg Schönbohm hat als Innenminister dafür gesorgt, dass Brandenburg im Bereich der Inneren Sicherheit einen bundesweiten Spitzenplatz einnimmt. Auch in anderen Bereichen gab es Erfolge. Die Selbständigenquote Brandenburgs gehört zu den höchsten aller neuen Bundesländer, mit einem Plus von 10,5% erreichte das Exportvolumen einen Wert von 5 Mrd. Euro.

Doch vieles konnte mit dem Koalitionspartner nicht umgesetzt werden. Dazu gehört unter anderem die Schaffung eines modernen und leistungsbezogenen Schulsystems und der deutliche Abbau der Bürokratie. Die Hauptaufgabe der kommenden Jahre ist die Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Brandenburger Erklärung des CDU-Bundesvorstandes leistet dazu einen



wichtigen Beitrag. Wort halten bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und Ausbildungsplätzen, für bessere Schulen und weniger Bürokratie, dafür steht Jörg Schönbohm – denn Brandenburg kann mehr.

HAMBURG: POLITIK ATTRAKTIV PRÄSENTIERT

Mit einer bisher einmaligen Veranstaltungsform hat die Hamburger CDU den Mehrwert der Parteimitgliedschaft unter Beweis gestellt. Zu einer ungezwungenen Talkrunde mit allen Regierungsmitgliedern hatte Landesvorsitzender Dirk Fischer MdB alle 10.700 Mitglieder der Hamburger CDU eingeladen. Nach einer Ansprache des Ersten Bürgermeisters Ole von Beust stellten sich alle Senatoren sowie Dirk Fischer MdB und der Fraktionsvorsitzende Bernd Reinert

MdHB den mitunter kritischen Fragen des in Hamburg bekannten TV-Moderators Herbert Schalthoff, der früher als Landesgeschäftsführer für die Hamburger Grünen tätig war.

Im Anschluss an die Gesprächsrunde konnte jedes Mitglied den wichtigsten Hamburger Politikern Fragen stellen, wovon zahlreich Gebrauch gemacht wurde. „Das war so unterhaltsam wie bei Sabine Christiansen, nur mit dem Unterschied, dass ausschliesslich kluge Köpfe

dabei waren“, so das Resümee eines der fast 700 begeisterten Zuhörer. Landesgeschäftsführer Christoph Ahlhaus MdHB ist zufrieden: „Durch den Mut, einen bekannt kritischen Moderator zu engagieren, der auch bei schwierigen Themen nachhakt und von uns keinerlei Tabu auferlegt bekommt, ist es gelungen, unseren Mitgliedern eine außerordentlich kurzweilige und informative Veranstaltung zu bieten. Ein Grund, warum es sich lohnt, CDU-Mitglied zu werden.“

Niedersachsen

Wulff als Landesvorsitzender bestätigt

Mit einer überwältigender Mehrheit ist Christian Wulff als Vorsitzender der CDU Niedersachsen wieder gewählt worden. Auf einem CDU-Landesparteitag in Hannover erhielt der niedersächsische Ministerpräsident von 97,3 % der Delegierten das Vertrauen für eine weitere zweijährige Amtszeit.

Mit Blick auf die verbesserten Wirtschaftsdaten zog Wulff eine positive Bilanz seiner bislang eineinhalbjährigen Regierungszeit in Niedersachsen. Bei der Arbeitslosigkeit sei Niedersachsen nicht mehr zusammen mit Bremen Schlusslicht der westdeutschen Länder, sondern sei auf den sechsten Platz vorgedrungen. Die Landesregierung habe 2.500 zusätzliche Lehrer eingestellt, die Neuverschuldung gesenkt, die größte Verwaltungsreform in der Geschichte des Landes auf den Weg gebracht. In 18 Monaten habe man „mehr voreinander gebracht, als die SPD in den 13 Jahren zuvor“.

„Der Norden braucht sich nicht mehr verstecken“, rief Wulff den über 400 Delegierten zu. Allerdings müsse auch noch einiges getan werden,



Foto: Frank Ossebrink

um seine Vision für 2015, in der Niedersachsensich an der Spitze der Länder etabliert hat, wahr werden zu lassen. So habe die Sanierung der desolaten Landesfinanzen Vorrang. „Nur der schwierige Weg führt zum Gipfel“, erinnerte der Ministerpräsident an den Aufstieg zur Eigernordwand. Besorgt zeigte sich Wulff über die „zunehmende Radikalisierung in Deutschland“ und das geringe Vertrauen der Bürger in die Politik. Der CDU-Landesvorsitzende verlangte von der Politik Vorbildhaftigkeit. Man müsse den Bürgern die Wahrheit über die Lage sagen und ernsthaft mit ihnen umgehen. Wer Sparvorschläge mache, dürfe sich selbst nicht ausnehmen. „Wer Wasser predigt, darf selbst keinen Champagner trinken“, brachte Wulfes auf den Punkt. Dass

die Regierung auch im eigenen „Haus“ kein Halt macht, zeigt die geplante Verkleinerung des Landtags.

In ihrer Rede machte Angela Merkel nochmals die Notwendigkeit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe deutlich. Es sei eine CDU-Idee gewesen, dass es nur noch eine steuerfinanzierte Transferleistung geben solle. In Zeiten großer Umstrukturierungen müssten auch höher qualifizierte Arbeitslose auch weniger qualifizierte Arbeit annehmen. Vom Grundsatz her sei der Gedanke der Arbeitsmarktreform richtig. An die Adresse der Bundesregierung sagte die Partei- und Bundestagsfraktionsvorsitzende: „Sie können es handwerklich nicht umsetzen und machen dadurch die gesamte Veränderungsbereitschaft in Deutschland kaputt“. Nun müsse man „aus dem was Rot-Grün vermurkst hat, das Beste machen“. Sicher sei Hartz IV für viele „eine bittere Entscheidung“, aber auch im Osten müsse eine Grundsatzdiskussion geführt werden, denn man habe für die Freiheit gekämpft und nicht für die Illusion, dass der Staat alles regeln solle, stellte Angela

Merkel klar. Ein Grundsatz dürfe dabei jedoch nicht vergessen werden: „Wer arbeitet, muss mehr haben als der der nicht arbeitet.“

Zu einer gemeinsamen Politik der fünf norddeutschen Bundesländer Niedersachsen, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein in bestimmten Politikfeldern bekannte sich der schles-

wig-holsteinische CDU-Landesvorsitzende Peter-Harry Carstensen. Mit dem Leitartikel „Den Norden stärken“, hatten sich die Delegierten zuvor einstimmig für eine stärkere Kooperation der Nordländer ausgesprochen. „Bei der Nordstaat – Diskussion geht es nicht um einen Zusammenschluss der norddeutschen Länder“, betonte Carstensen im Hinblick auf

eine Föderalismusreform. Vielmehr sei eine verbesserte Zusammenarbeit wie zum Beispiel beim Verfassungsschutz oder des Küstenschutzes nötig. Ziel müsse es zudem sein, „auf der Autobahn 7 nur noch durch „schwarze Länder“ zu fahren“, sagte der Spitzenkandidat der Schleswig – Holsteinischen CDU für die Landtagswahlen 2005.

BREMEN: GLOYSTEIN ZUM WIRTSCHAFTSSENATOR NOMINIERT

Der Bremer CDU-Landesvorstand hat den promovierten Bank-Manager Peter Gloystein einstimmig als Nachfolger von Wirtschafts- und Kultursenator Hartmut Perschau nominiert.

Der 58-Jährige soll zudem auch das Amt des Bürgermeisters und stellvertretenden Regierungschefs übernehmen. Bürgermeister Perschau, den Bernd Neumann 1995 nach Bremen geholt hatte, war im Sommer nach einer schweren Operation aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten.

CDU-Landeschef Bernd Neumann sprach von einem echten Glücksgriff. „Ich bin stolz darauf, dass ich mit Dr. Gloystein eine Persönlichkeit mit vielfältigen Kompetenzen für die Nachfolge ge-



winnen konnte“, sagte er. Peter Gloystein bringt hervorragende Voraussetzungen für

sein neues Amt mit. Bernd Neumann: „Erstens besitzt er ein hohes Maß an Erfahrung in Wirtschaftsfragen auf nationaler und internationaler Ebene. Zweitens ist Kultur seit vielen Jahren sein Hobby und seine Leidenschaft. Drittens hat Dr. Peter Gloystein immer den Kontakt zur Politik und damit zur CDU gehalten.“

Auf einer anschließenden Pressekonferenz bekannte Dr. Peter Gloystein auf die Frage von Journalisten, was ihn zu einem Wechsel an die Weser bewogen

habe: „Jeder hat einen sentimental Punkt. Bei mir ist es Bremen. Wenn man als Bremer die Frage gestellt bekommt, ob man Senator in Bremen werden will, dann macht man das natürlich.“

Der am 25. November 1945 in Bremen geborene Peter Gloystein ist verheiratet und hat zwei Kinder. Beruflich war er zunächst in der Wirtschaftsforschung beim Hamburg HWWA-Institut tätig, bis er zur WestLB ins Investmentbanking wechselte und später den Vorständen von Commerzbank und BHF-Bank angehörte. Peter Gloystein gehört seit 1963 der CDU an, war zeitweise als Stadtverordneter im hessischen Kronberg/Taunus aktiv und ist seit 1990 im Bundesvorstand des CDU-Wirtschaftsrates.

Ausbildungskrise spitzt sich zu

Stellungnahme zur Veröffentlichung der Arbeitslosenzahlen für den August 2004 durch die Bundesagentur für Arbeit.

Die Ausbildungskrise spitzt sich unmittelbar vor Beginn des Ausbildungsjahres dramatisch zu. Immer mehr junge Menschen suchen eine Lehrstelle, immer weniger Unternehmen bieten Ausbildungsplätze an.

182.100 Jugendliche haben noch keinen Ausbildungsplatz gefunden. Dagegen stehen derzeit nur 50.300 Ausbildungsplätze



Karl-Josef Laumann

offen. Die Lehrstellenlücke beläuft sich damit derzeit auf 131.800.

Das ist die bittere Folge einer vollkommen vermurksten Wirtschaftspolitik. Statt Vertrauen zu schaffen, herrscht Verunsicherung pur in unserem Land.

Jetzt rächt sich, dass Rot-Grün über Jahre die Grundregeln der Sozialen Marktwirtschaft missachtet hat. Anstatt Freiräume zu schaffen, sind neue Belastungen eingeführt worden. Anstatt den Unternehmen Planungssicherheit zu ermöglichen, hat das ewige Hin und Her einen massiven Lehrstellen- und Arbeitsplatzabbau verursacht.

Unternehmen schaffen nur dann neue Jobs und neue Lehrstellen, wenn sie mit Zuversicht in die Zukunft schauen. Solange Rot-Grün diese Zukunftsaussichten weiter verdüstert, wird sich auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht bessern.

AKTUELLER ARBEITSMARKT

Arbeitslose und Arbeitnehmer müssen Folgen rot-grüner Politik ausbaden.

Monat für Monat sind die Zahlen aus Nürnberg das Zeugnis dafür, dass die Bundesregierung wirtschaftspolitisch völlig versagt. 110.000 mehr Arbeitslose gegenüber dem Vorjahr - es kommt nicht zu einer Wende am Arbeitsmarkt. Der Grund dafür ist eine Wirtschaftspolitik, die Bürger und Unternehmen immer stärker verunsichert.

Die ganze desaströse Lage offenbaren die Erwerbstätigenzahlen des Statistischen Bundesamtes: Seit Juni 2002 sind über 500.000 Arbeitsplätze weggefallen. Das hat schlimme Folgen für die betroffenen Unternehmen und Arbeitnehmer. Die Einnahmen im Steuersystem und den Sozialkassen brechen weg, und die schwierige Lage in Deutschland verschärft sich immer mehr.



Zwei weitere Jahre dieser Politik hält das Land nicht aus.

Die Ankündigung einer Politik des Nichtstuns und Abwartens durch die SPD ist eine Ohrfeige für die Arbeitslosen und eine Drohung für alle, deren Arbeitsplätze gefährdet sind. Jeder Monat, den diese rot-grüne Regierung zusätzlich im Amt ist, ist schlecht für das Deutschland und die Menschen im Land.

Wir brauchen deshalb dringend eine klare Kursbestimmung. Wir brauchen eine verlässliche und konstante Politik. Der Bundeskanzler muss endlich klarstellen, wie die zweite Hälfte der Wahlperiode gestaltet werden soll. Geschieht dies nicht, stehen über vier Millionen Arbeitslose und viele Tausend Jugendliche vor einem Winter ohne Perspektive.

Karl-Josef Laumann ist der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Votum des Hochschulverbandes für Studienbeiträge hilfreich

Erklärung zur Forderung des Hochschulverbandes, Studiengebühren einzuführen

Der Hochschulverband brachte es auf den Punkt, die Hochschulen brauchen eine solide Finanzierung. Es ist sehr zu begrüßen, dass sich die Hochschullehrer selbst so dezidiert zur Einführung von Studienbeiträgen bekennen.

Studienbeiträge sind weltweit Standard. Sie dienen nicht nur dazu, Hochschulen besser zu finanzie-



Katherina Reiche

ren, sondern auch, einen Qualitätswettbewerb in Gang zu setzen. Die Länder, die sie in den letzten Jahren eingeführt haben, z. B. Österreich und Australien, haben positive Bilanzen gezogen. Es wird schneller und intensiver studiert. Zu der immer wieder behaupteten sozialen Ausgrenzung ist es nicht gekommen. Verbunden mit einem Stipendiensystem ist es möglich, sie sozial auszugestalten.

Es ist nicht verwerflich, diejenigen, die einen hohen Nutzen aus einem Studium ziehen, an ihren Kosten zu beteiligen. Ein Jurastudium kostet rund 25.000 Euro, ein Medizinstudium 135.000 Euro. Bei der Nutzung von Hochschulangeboten geht es also nicht um Kleinigkeiten.

Bei der Finanzierung der Hochschulen bleiben Staat und Wirtschaft aber ebenfalls in der Pflicht. Der Staat

muss ein Modell finden, das eine zuverlässige Grundfinanzierung auch in Zeiten knappen Geldes sicherstellt. Und auch die Wirtschaft wird sich in Zukunft, z. B. über Stiftungsprofessoren und -lehrstühle, durch Stipendien und langfristige Kooperationsverträge noch stärker engagieren müssen als bisher. Denn auch sie sind auf ein leistungsfähiges Hochschulsystem angewiesen.

Katherina Reiche ist die bildungs- und forschungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Mautverzögerung geht zu Lasten der Verkehrsinfrastruktur

Stellungnahme zur verzögerten Einführung der Lkw-Maut in Deutschland erklärt

Vor einem Jahr – zum 31. 8. 2003 – sollte in Deutschland die Lkw-Maut eingeführt werden. Stattdessen kam es durch mangelnde Kommunikation zwischen den Vertragspartnern Bundesregierung/Toll Collect und vor allen Dingen durch unprofessionelles Controlling seitens Bundesminister Manfred Stolpe vor genau einem Jahr zu dem verheerenden Mautdesaster. Hierdurch fehlen dem Bundes-

haushalt Mauteinnahmen in Höhe von 3,4 Mrd. Euro pro Jahr.

Die dramatischen Folgen für die Verkehrsinfrastruktur werden durch die Mittelfristplanung offenbart. Demnach sinken die investiven Ausgaben

- für die Bundesfernstraßen von 4,8 Mrd. € (Soll 2004) auf 4,3 Mrd. € (2008)
- für die Eisenbahnen des Bundes von 4,0 Mrd. € (Soll 2004) auf 2,2 Mrd. € (2008)

■ für die Bundeswasserstraßen von 0,6 Mrd. € auf 0,5 Mrd. €.

Dies alles vor dem Hintergrund, dass die Verkehrsmi-nister der Länder noch im Frühjahr dieses Jahres gefordert haben, die Finanzmittel ab 2005 auf ein bedarfsge-rechtes Niveau anzuheben. Dieses wurde von den Län-derverkehrsministern mit 5,8 Mrd. € für die Bundes-fernstraßen und 4 Mrd. € für die Schienenwege beziffert.

Sehenden Auges produ-ziert die Bundesregierung ein Verkehrschaos in Deutsch-land, denn als Haupttransit-land benötigen wir eine Ver-kehrsinfrastruktur, die gerüstet ist für die Zukunft. Gerade die Verkehrsprognosen der Bundesregierung ma-chen dies deutlich, denn sie gehen von einem Anstieg der Verkehrsleistung im Perso-nenverkehr von 20% und im Güterverkehr von 64% bis 2015 aus.

GEDENKEN AM 65. JAHRESTAG DES KRIEGSBEGINNS

Anlässlich seiner Teilnahme an der Gedenkveranstaltung der polnischen Botschaft zum 65. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges am 1. September erklärt der Vorsitzende der Arbeitsgruppe der „Vertriebene und Flüchtlinge“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski:

Gerne folge ich der persönlichen Einladung des polnischen Botschafters in Deutschland, Dr. Andrzej Byrt, an der Gedenkveranstaltung der polnischen Botschaft anlässlich des 65. Jahrestages des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges an der Neuen Wache in Berlin teilzunehmen.

Die Einladung, gemein-sam schweigend der Millio-

nen Opfer des am 1. September 1939; vor 65 Jahren; begonnenen Zweiten Welt-krieges zu gedenken, ist ein wichti-ger Anlass, sich der gemeinsa-men Geschichte

zu erinnern und unter-streicht zugleich die guten deutsch-polnischen Bezie-hungen.

Der einladende polni-sche Botschafter Dr. Andrzej Byrt ist ein zuverlässi-ger und regelmäßiger Ge-sprächspartner der Arbeits-gruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Mit dem Überfall auf Po-len begann der Zweite Weltkrieg und damit der

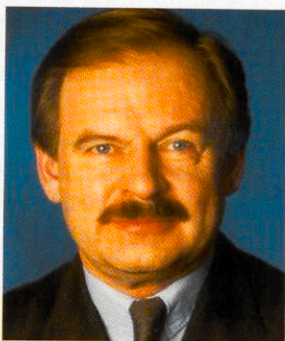


wohlgrößte, dramatischste und folgenreichste Konflikt in der Geschichte der Menschheit. Mehr als 50 Millionen Menschen verlor-en ihr Leben, Unzählige ihr Hab und Gut. Menschen wurden zur Flucht gezwun-gen, zur Übersiedlung, wur-den vertrieben.

Das gemeinsame Ge-denken ist ein wichtiges Zeichen der Versöhnung, damit so etwas niemals wie-der geschehen kann.

Um die Situation einigermaßen in den Griff zu bekommen, brauchen wir zum 1.1.2005 in Deutschland ein funktionierendes LKW-Maut-System.

Ich fordere Minister Stolpe auf, durch ein konsequentes Controlling diesen Termin sicherzustellen. Die Erfahrungen aus dem Jahre 2003 zeigen, dass erste Pressemeldungen über Mautprobleme sich meistens kurze Zeit später als bittere Realität herausgestellt haben. Minister Stolpe darf in diesem Zusammenhang insbesondere die bisher niedrigen Einbauzahlen bei den On-Board-Units nicht wieder auf die leichte Schulter nehmen.



Dirk Fischer

Ferner muss die Bundesregierung die versprochene europäische Wettbewerbsfähigkeit für das Güterkraftverkehrsgewerbe sicherstellen. Politische Absicht war es, diese bereits zum Mautstart 2003 zum Abschluss zu bringen. Hierzu müssen die

Harmonisierungsverhandlungen endlich erfolgreich beendet werden.

Aber auch die von der Bundesregierung vollmundig angekündigten Schadensersatzforderungen wurden bisher noch nicht einmal gegenüber dem Betreiberkonsortium geltend gemacht. Ich fordere Minister Stolpe auf, diese – im Interesse des Bundeshaushaltes – endlich zu beziffern und im Schiedsgerichtsverfahren geltend zu machen. Worte müssen endlich Taten folgen.

Dirk Fischer ist der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

OMV INFORMIERT

Die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung der CDU/CSU (OMV) hat ihre Informationsbroschüren aktualisiert und neu aufgelegt. Sie sind jetzt dem Erscheinungsbild der CDU angepasst und signalisieren damit auch optisch die Nähe zur Mutterpartei.

Kreis- und Landesverbände der OMV können für Ihre Arbeit vor Ort diese Broschüren bei der Bundesgeschäftsstelle unter omv@cdu.de beziehen.



„Satzung“, DIN A5, Satzung mit Anmerkungen zur Ge-

schichte der OMV sowie den Ansprechpartnern in den Landesverbänden.

„Wir stellen uns vor“, DIN A5-Format, Die Broschüre enthält In-

formationen zu Geschichte, Grundsätzen und Aufgaben der OMV.



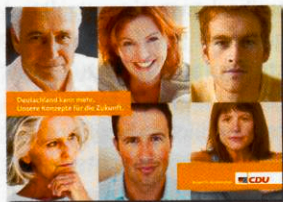
„Partner der Vertriebenen und Ausiedler“: Leporello, Kurzinformation zu den Aufgaben und Zielen der OMV und den Positionen der CDU in der Vertriebenenpolitik.





Broschüre „Wir müssen mehr für Deutschland tun“ Angela Merkel

Bestell-Nummer: **5942**
Preis je 100 Stück: **20,00 €**
inkl. MwSt.: 21,40 €



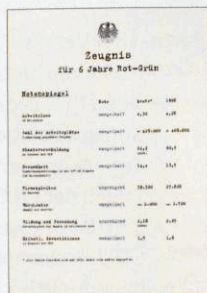
Broschüre „Deutschland kann mehr. Unsere Konzepte für die Zukunft“

Bestell-Nummer: **5175**
Preis je **100 Stück: 25,00 €**
inkl. MwSt.: 26,75 €



Aktionszeitung, Bundesausgabe 3/2004

Bestell-Nummer: **1013**
Preis je 250 Stück: **18,50 €**
inkl. MwSt.: 19,80 €



Zeugnis „Für 6 Jahre Rot-Grün“

Bestell-Nummer: **2174**
Preis je 200 Stück: **21,00 €**
inkl. MwSt.: 22,47 €

NEU im Sortiment!

**Pflastermäppchen
„Trostpflaster für 6 Jahre Rot-Grün“**

2 Pflasterstrips in einem Mäppchen

Bestell-Nummer: **9176**

Preis je 100 Stück: **26,00 €**

inkl. MwSt.: 30,16 €



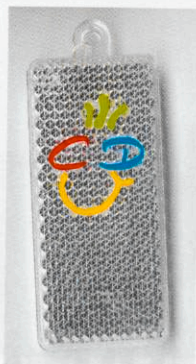
NEU! Ab sofort wieder im Sortiment!

**Reflektorenanhänger –
bedruckt mit unserem beliebten Smilie!**

Bestell-Nummer: **9558**

Preis je 25 Stück: **22,50 €**

inkl. MwSt.: 26,10 €



Freshmint-Tütchen

Bestell-Nummer: **9110**

Preis je 200 Stück: **22,00 €**

inkl. MwSt.: 25,52 €



CDU-Luftballon in Orange

Bestell-Nummer: **9304**

Preis je 500 Stück: **30,00 €**

inkl. MwSt.: 34,80 €



UID

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

Danke für Ihr Vertrauen

Überkleber „Danke für Ihr Vertrauen“

Bestell-Nummer: **8196**

Preis je 250 Stück: **20,20 €**

inkl. MwSt.: 23,43 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de